



II- 3872 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit
und öffentlicher Dienst
DR. FRANZ LÖSCHNAK

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) 66 15/0
DVR: 0000019

21. April 1988

1670 IAB

1988 -04- 22

zu 17841J

Zl. 353.260/53-I/6/88

An den
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Leopold GRATZ

Parlament
1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner und Freunde haben am 7. März 1988 unter der Nr. 1784/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Durchführung von Kontrollen in Hinblick auf die Einhaltung von Strahlenschutzbestimmungen gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Werden im Rahmen Ihres Ressorts Kontrollen von Strahleneinrichtungen, radioaktiven Stoffen und Kernanlagen sowie der Umgebung von Standorten solcher Anlagen und Einrichtungen gemäß Strahlenschutzgesetz und -verordnung durchgeführt?"

Wenn ja:

- a) Wie sehen diese Kontrollen aus?
- b) von welchen Personen werden die Kontrollen ausgeführt?
- c) Gibt es schriftliche Berichte über diese Kontrollen, die eingesehen werden können?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen a) und b):

Gemäß § 17 des Strahlenschutzgesetzes, BGBl.Nr. 227/1969, sind der Betrieb von Anlagen gemäß § 6 oder § 7 und der sonstige Umgang mit radioaktiven Stoffen sowie der Betrieb von Strahleneinrichtungen gemäß § 10 von der Bewilligungsbehörde, in Fragen des Dienstnehmerschutzes im Einvernehmen mit den örtlich in Betracht kommenden Arbeitsinspektorat, mindestens einmal jährlich zu überprüfen, wobei ich bezüglich der Zuständigkeit auf die §§ 41 und 43 leg.cit. in Verbindung mit den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes hinweise.

Demzufolge werden diese Kontrollen einmal jährlich nach Maßgabe der personellen Kapazität von den jeweils zuständigen Behörden durchgeführt.

Dem Bundeskanzleramt obliegt aufgrund des § 41 Abs. 1 leg.cit. die Überprüfung der Anlagen im ÖFZ Seibersdorf und der Teilchenbeschleuniger in den diversen Krankenanstalten.

Die Forschungsreaktoren in Wien und Graz fallen in die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Die Überprüfungen durch das Bundeskanzleramt finden als Ortsaugenscheine, verbunden mit einer mündlichen Verhandlung im Sinne des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes - AVG 1950 statt, wobei die jeweils zur Beurteilung des Sachverhaltes erforderlichen Sachverständigen (Amtssachverständige bzw. externe Sachverständige des in Betracht kommenden Fachgebietes) herangezogen werden. Die externen Sachverständigen rekrutieren sich aus dem Bereich der Wissenschaften (einschlägige Universitätsinstitute), der in Betracht kommenden staatlich autorisierten Anstalten (z.B. Prüfanstalten für Radiologie und Elektromedizin, Technischer Überwachungs-Verein), aber auch der gerichtlich beeideten Sachverständigen für Strahlenschutz.

Die Kontrollen erstrecken sich auf den konsensgemäßen Zustand der Anlagen, die Einhaltung der bescheidmäßig vorgeschriebenen Auflagen (wie etwa Abgaberraten), aber auch auf die Einhaltung der sonstigen strahlenschutzrechtlichen Bestimmungen (z.B. Aufzeichnungen über Materialbehandlung, Personendosimetrie etc.).

Zu Frage c):

Anlässlich der Überprüfungen gemäß § 17 StrSchG wird seitens der Amtssachverständigen und sonstigen beigezogenen Sachverständigen eine Überprüfung der Bedingungen und Auflagen aus dem Errichtungs- bzw. Betriebsbewilligungsbescheid vorgenommen. Aus dieser Überprüfung und einer vor Ort durchgeführten Kontrolle ergeben sich allenfalls Auflagen und Bedingungen, unter deren Beachtung der Betrieb der Anlage ordnungs- und widmungsgemäß weitergeführt werden kann. Bei Vorliegen der im § 17 Abs. 2 leg.cit. genannten Umstände wäre ein Weiterbetrieb der Anlage oder Einrichtung zu untersagen. Die Ergebnisse der Kontrollen und Überprüfung werden im Verhandlungsprotokoll niedergelegt.

In diese Niederschrift Einsicht zu nehmen steht nach dem AVG 1950 nur den Parteien des Verfahrens, nicht aber Dritten, zu.

Tschopp (Bz.)